Praxis der Insolvenz

Ein Handbuch für die Beteiligten und ihre Berater

von

Dr. Hubert Ampferl, Dr. Siegfried Beck, Kolja von Bismarck, Prof. Dr. Hans-Dieter Braun, Dr. Volker Büteröwe, Peter Depré, Thomas Dobler, Joachim Exner, Dr. Norbert Fehl, Dr. Thorsten Graeber, Harald Heck, Grit Heidrich, Dr. Johannes Holzer, Dr. Volker Kammel, Dr. Helmut Köhler, Dr. Peter Kothe, Manfred Ley, Michael Pluta, Dr. Andreas Ringstmeier, Dr. Volker Viniol, Frank Wegmann, Erwin Wierzioch, Joachim Zobel, Ralf Zuleger

2. Auflage

<u>Praxis der Insolvenz – Ampferl / Beck / Bismarck / et al.</u> schnell und portofrei erhältlich bei <u>beck-shop.de</u> DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

<u>Gesamtdarstellungen</u> – <u>Steuern und Revision</u> – <u>Zivilrecht</u> – <u>Steuern und Revision</u>

Verlag Franz Vahlen München 2010

Verlag Franz Vahlen im Internet: <u>www.vahlen.de</u> ISBN 978 3 8006 3574 0

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	. XL
Einleitung	
I. Das Insolvenzrecht im Umbruch	
Die Insolvenz im Bewusstsein der Öffentlichkeit	
Neuorientierung	
2. Dia none Insolvente alleren	,
Die neue Insolvenzordnung Die Insolvenzordnung im "Praxistest"	
4. Die insolvenzordnung im "Praxistest	•
II. Wozu dieses Handbuch?	
Insolvenzliteratur Anliegen dieses Handbuches	
2. Anliegen dieses Handbuches	
III. Zum Autorenteam und der Konzeption	
[7]	
1. Teil. Grundlagen	
§ 1. Der Verfahrensablauf und die Verfahrensziele im Überblick	
A. Die Struktur eines Insolvenzverfahrens	
11. Die offundur eines misorvenzverramens	
B. Verfahrenseinleitung	
I. Bestimmung der Insolvenzfähigkeit	
I. Destinining der Hisolvenzianigkeit	
II. Antragserfordernis	
1. Das Antragsprinzip	
2. Antrag des Schuldners	
Antrag des Gläubigers III. Eröffnungsgründe	
III. Eröttnungsgründe	•
1. Zahlungsunfähigkeit	
2. Drohende Zahlungsunfahigkeit	•
3. Überschuldung	
IV. Einsatz von Sachverständigen	,
V. Sicherungsmaßnahmen im Eröffnungsverfahren	
1. Allgemeines	
2. Erlass eines allgemeinen Verfügungsverbotes	
3. Einstellung oder Untersagung von Zwangsvollstreckungsmaßnah-	
men	
4. Postsperre	
5. Verwertungsstopp und Nutzungsbefugnis	
6. Sonstige Sicherungsmaßnahmen	
7. Vorläufiger Insolvenzverwalter	
VI. Abschluss des Eröffnungsverfahrens	
1 Abraicing heechlise	
1. Abweisungsbeschluss	,
2. Eröffnungsbeschluss	
C. Das eröffnete Verfahren	
I. Allgemeine Wirkungen der Verfahrenseröffnung	
1. Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	

2. Leistungen an den Schuldner
3. Auswirkung auf schwebende Prozesse und Zwangsvollstreckun-
gen
4. Gesellschaftsrechtliche Konsequenzen
II. Sofortmaßnahmen des Insolvenzverwalters
1. Inbesitznahme der Insolvenzmasse
2. Sonstige Sicherungsmaßnahmen
3. Zustellung des Insolvenzeröffnungsbeschlusses an Gläubiger und Schuldner
4. Anzeige der Masseunzulänglichkeit
5. Erfassung der Insolvenzmasse
III. Auswirkungen auf schwebende Rechtsverhältnisse
1. Allgemeines
2. Vertragsverhältnisse
3. Insbesondere Dienst- und Arbeitsverhältnisse
IV. Massebereinigung und -anreicherung
1. Aussonderung 4
2. Abgesonderte Befriedigung4
3. Insolvenzanfechtung4
4. Aufrechnung4
V. Geltendmachung von Gläubigerforderungen4
1. Anmeldung4
2. Tabellenführung 4
3. Prüfung der Forderungen 4
Prüfung der Forderungen
1. Berichtstermin4
2. Prüfungstermin
D. Haftungsverwirklichung und weitere Verfahrensziele
I. Primärziel: Haftungsverwirklichung4
II. Sekundärziel: Restschuldbefreiung natürlicher Personen
III. Verfahrensziele der Unternehmensinsolvenz im Besonderen
11. Alternativen der Haftungsverwirklichung
2. Liquidation 4
1
0 0
3. Fazit
E. Verteilung der Insolvenzmasse und Verfahrensabschluss
I. Verteilung der Insolvenzmasse
I. Verteilung der Insolvenzmasse
Derichtigung der Masseverbindilenkeiten
2. Befriedigung der Sicherheitengläubiger
3. Befriedigung der Insolvenzgläubiger
II. Verfahrensabschluss
1. Aufhebung
2. Einstellung60

Inhaltsverzeichnis XV
§ 2. Insolvenzgründe
A. Insolvenzfähigkeit
I. Grundlagen61
II. Insolvenzverfahrensfähige Personen
1. Natürliche Personen
2. Juristische Personen 61
3. Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit
5. Ausländische Gesellschaften und Vermögensmassen
B. Zahlungsunfähigkeit
I. Anwendungsbereich
1. Eröffnungsgrund65
2. Tatbestand für andere Normen
II. Grundlagen der Zahlungsunfähigkeit66
1. Begriffsbestimmung66
2. Zahlungseinstellung 66
2. Zahlungseinstellung
III. Elemente der Zahlungsunfähigkeit
1. Zahlungspflichten
2. Zahlungsmittel71
IV. Zeitliche und quantitative Eingrenzung der Zahlungsunfähigkeits-
elemente
Abgrenzung zur unbeachtlichen Zahlungsstockung
Unschädliche "geringfügige Liquiditätslücken"
3. Systematischer Prüfungsaufbau
V. Nachweis der Zahlungsunfähigkeit
1. Praktische Vorgehensweise 76
2. Schematische Darstellung
3. Nachweis der Zahlungsunfähigkeit im Anfechtungsprozess
VI. Zahlungseinstellung81
1. Normzweck
2. Begriffsbestimmung 82
3. Typische Erkennungsformen
4. Beseitigung der Zahlungseinstellung
C. Drohende Zahlungsunfähigkeit
I. Normzweck85
II. Anwendungsbereich
1. Grundsatz
2. Tatbestand für andere Normen
III. Definition der drohenden Zahlungsunfähigkeit
1. Zahlungspflichten des Schuldners87
2. Künftige Liquidität
IV. Ermittlung der drohenden Zahlungsunfähigkeit
1. Grundsatz
2. Liquiditätsplan89
3. Prognosezeitraum
V. Besonderheiten bei der Insolvenzantragstellung
1. Antragsbefugnis
Glaubhaftmachung Insolvenzgrund

D. Überschuldung
I. Normzweck und Bedeutung
II. Anwendungsbereich
III. Begriff der Überschuldung9
1. Zweistufiger Überschuldungsbegriff
2. Modifizierter zweistufiger Überschuldungsbegriff
3. Stellungnahme und Bewertung
IV. Prüfungsreihenfolge der Überschuldung
1. Methodischer Ansatz 9
Zweistufiger Überschuldungsbegriff
3. Modifizierter zweistufiger Überschuldungsbegriff
V. Fortbestehensprognose
1. Vorbemerkung 10
2. Definition
3. Beweislast
VI. Überschuldungsstatus 10
1. Grundlagen10
Ansatz und Bewertung im Überschuldungsstatus
II VEDI AO
§ 3. Die Beteiligten im Insolvenzverfahren11
> VINA
I. Allgemeines zur Beteiligtenstellung
II. Das Insolvenzgericht als Beteiligter
III. Die gerichtlichen Entscheidungsträger
IV. Die Aufgaben von Richter und Rechtspfleger
1. Funktionelle Zuständigkeit11
IV. Die Aufgaben von Richter und Rechtspfleger 11 1. Funktionelle Zuständigkeit 11 B. Der Insolvenzverwalter 11
I. Qualifikation and Fignang
II. Das Vorauswahlverfahren
1. Zweck des Vorauswahlverfahrens
II. Das Vorauswahlverfahren 12 1. Zweck des Vorauswahlverfahrens 12 2. Durchführung des Vorauswahlverfahrens 12
3. Voraussetzungen für die Vorauswahl
4. Mitwirkung der Gläubiger bei der Vorauswahl
III. Die Bestellung im konkreten Verfahren
1. Bestellungsverfahren 12
2. Kriterien für die Bestellung
C. Der Sonderinsolvenzverwalter
I. Bestellung und Aufgaben
II. Rechtliche Verhinderung des Insolvenzverwalters
III. Tatsächliche Verhinderung des Insolvenzverwalters
IV. Haftung, Vergütung, Rechnungslegung
D. Der Schuldner
I. Die Beteiligung des Schuldners am Insolvenzverfahren
II. Die Haftung des Schuldners
III. Die Person des Schuldners
IV. Die Teilnahme des Schuldners am Verfahren
1. Eigenantrag und Antragspflicht
2. Stellung des Eigenantrags
3. Eigenantrag bei Verbraucherinsolvenz

Inhaltsverzeichnis	XVII
4. Insolvenzgründe bei Eigenantrag	141
5. Ermittlung und Sicherung des Vermögens	
E. Die Insolvenzgläubiger	144
I. Die Teilnahme der Insolvenzgläubiger am Verfahren	
II. Der Begriff der Insolvenzgläubiger	144
1. Gläubigerbegriff	
2. Persönliche Gläubigerschaft und haftungsrechtliche Zuweisung	
3. Rechtsgrund persönlicher Forderungen	
4. Insolvenzforderungen	
III. Die nachrangigen Insolvenzgläubiger	149
1. Grund des Nachrangs	
2. Die Eigenschaft als Insolvenzgläubiger	
3. Die nachrangigen Forderungen	150
4. Chancen der Befriedigung im Verfahren	
IV. Gläubiger und Insolvenzverfahren	
1. Insolvenzkalkül	153
2. Die Teilnahme der Insolvenzgläubiger am Verfahren	154
F. Die Gläubigerversammlung	166
I. Die Gläubigerautonomie als Prinzip des Insolvenzrechts II. Bedeutung	
III. Aufgaben	
IV. Einberufung	168
V Abetimming	170
V. Abstimmung G. Der Gläubigerausschuss I. Zweck und Rechtsstellung	1, 0
G. Der Gläubigerausschuss	171
I. Zweck und Rechtsstellung	171
II. Autgaben	1/2
III. Bildung und Zusammensetzung	174
IV. Beschlussfassung	
V. Haftung VI. Vergütung	176 176
VI. Vergutung	176
VII. Exkurs. Der Glaubigerbeität	1//
2. Teil. Das Insolvenzeröffnungsverfahren	
ear District Providence Front College	470
§ 4. Die richterliche Tätigkeit im Eröffnungsverfahren	
A. Zulassungsprüfung	
I. Allgemeines	
II. Prüfung der Verfahrensvoraussetzungen	
III. Verfahrensgrundsätze	
IV. Das rechtliche Gehör im Eröffnungsverfahren	
V. Antragsverfahren	
1. Antragsberechtigung und Antrag	
2. Eingang des Antrags beim Insolvenzgericht und geschäftsmäßige	
Behandlung	
3. Zuständigkeit (§§ 2, 3, 4, 13 ff. InsO)	
4. Antrag des Schuldners (§ 13 Abs. 1 InsO)	
5. Antrag jedes Gläubigers (§§ 13 Abs. 1, 15 Abs. 1 InsO)	
6. Prüfungsverfahren – Eröffnungsverfahren (§§ 11 ff. InsO)	216

XVIII

B. Beau	ftragung eines Sachverständigen (§ 5 Abs. 1 Satz 2 InsO)
I.	Notwendigkeit der Beauftragung
	Auftrag und Durchführung
	Durchführung des Auftrags
C. Siche	rungsanordnungen
	Vorläufige Sicherungsmaßnahmen und Einzelanordnungen (§§ 21 ff.
	InsO)
II.	Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung
III.	Anordnung eines vorläufigen Gläubigerausschusses
	Bekanntmachungen und Verfügungen in Zusammenhang mit der An-
	ordnung von Verfügungsbeschränkungen
	1. Bekanntmachungen (§§ 9, 23 InsO)
	2. Zustellungen und Mitteilungen (§§ 8, 23 Abs. 3 InsO)
	3. Wirkungen und Verstöße (§ 24 InsO i. V. m. §§ 81 f. InsO)
	4. Aufhebung (§ 25 InsO) und Bekanntmachung (§ 23 InsO entspr.)
D D: 1	OHIOHUL
	Massearmut und die Folgen
I.	Feststellung der Massearmut
II.	Kostenvorschuss (§ 26 Abs. 1 Satz 2 InsO)
III.	Die richterliche Entscheidung
	Folgen der Abweisung mangels Masse
V.	Verfahrenskosten bei Abweisung mangels Masse
VI.	Neuer Antrag bei vorausgegangener Abweisung mangels Masse
E Ante	agsrücknahme und Hauptsacheerledigung
E. Allus	agsrucknamme und Frauptsacheeriedigung
F. Tod	les Schuldners im Insolvenzverfahren
G. Insol	venzeröffnung
I.	Die Insolvenzeröffnung
II.	Der Eröttnungsbeschluss (§ 27 InsO)
III.	Zuständigkeit für das Verfahren nach der Insolvenzeröffnung
IV.	Mittelbare Folgen der Insolvenzeröffnung
V.	Kosten und Auslagen
8 5. Der	vorläufige Insolvenzverwalter
	blick: Sicherungsmaßnahmen im Eröffnungsverfahren
l.	Allgemeines
II.	Maßnahmen allgemein
	1. Verfügungsbeschränkungen
	2. Einstellung oder Untersagung von Zwangsvollstreckungsmaßnah-
	men
	3. Postsperre
	4. Verbot der Verwertung oder Einziehung
	5. Maßnahmen gegen die Person
B. Zielr	ichtung der vorläufigen Insolvenzverwaltung
I.	Gläubigerschutz
	Schuldnerschutz
III.	Vermögensschutz im Ganzen
137	Anforderungen an einen vorläufigen Insolvenzwerwelter

Inhaltsverzeichnis	XIX
C. Aufgaben und Befugnisse des vorläufigen Insolvenzverwalters	255
I. Der "starke" vorläufige Insolvenzverwalter	257
1. Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	257
2. Prozessrechtliche Stellung	262
3. Arbeitgeberstellung	263
4. Öffentlich-rechtliche Verantwortung	264
5. Aufgaben und Pflichten	267
6. Sonstige Wirkungen des Verfügungsverbotes	280
7. Praxistauglichkeit des "starken" vorläufigen Insolvenzverwalters	282
II. Der "schwache" vorläufige Insolvenzverwalter	284
1. Rechtsstellung und Pflichten	284
2. Ergänzung mit Sachverständigenaufgaben	288
3. Praxistauglichkeit des "schwachen" vorläufigen Insolvenzverwalters	288
III. Der "halbstarke" vorläufige Insolvenzverwalter	289
1. Grundlegendes	289
2. Gestaltungsvarianten und rechtliche Konsequenzen	289
IV. Besondere Befugnisse und Rechte – aller – vorläufiger Insolvenzverwalter	292
1. Zutritts- und Nachforschungsrecht	292
2. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten des Schuldners	293
V. Steuerrechtliche Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	294
1. Der "starke" vorläufige Insolvenzverwalter	294
2. Der "sehwache" und der "halbstarke" vorläufige Insolvenzverwalter	296
VI. Anfechtbarkeit von Rechtshandlungen des vorläufigen Insolvenzver-	
walters	298
VII. Die Rechnungslegungspflicht des vorläufigen Verwalters	298
1. Allgemeines	298
Art und Umfang der Rechnungslegungspflicht	298
3. Ausnahmen der Rechnungslegungspflicht	299
VIII. Haftung des vorläufigen Insolvenzverwalters	300
IX. Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	300
	300
§ 6. Das Sachverständigengutachten	300
8 6. Das Sachverstandigengutachten	300
A. Aufbau und Inhalt	300
I. Vorbemerkung	300
II. Rechtsgrundlagen	301
1. Isolierte Gutachterbestellung	301
2. Gutachterfunktion des "starken" vorläufigen Insolvenzverwalters	302
3. "Isolierter", "schwacher" und "halbstarker" vorläufiger Insolvenz-	200
verwalter	302
III. Aufgaben des Gutachters	303
1. Sofortinformation	303
2. Gutachtenserstellung	303
IV. Befugnisse des Gutachters	309
V. Erkenntnisquellen	310
1. Ermittlungen an Ort und Stelle	310
2. Schuldnerinformationen	310
3. Bankauskünfte	311
4. Öffentliche Stellen	312
5. Finanzamt	313
6. Sonstige Erkenntnisquellen	314
7. Spezielle Wertgutachter	314
VI. Prüfung und Darstellung der Insolvenzgründe	314
0 0 0	

B. Prüfung der Verfahrenskostendeckung
I. Vorbemerkung
II. Verfahrenskosten
1. Allgemeines
2. Verfahrenskosten im Einzelnen
3. Unschärfe der Verfahrenskostenprognose
4. Keine Einbeziehung von Masseverbindlichkeiten
III. Freie Masse
C. Handlungsoptionen bei mangelnder Kostendeckung
I. Gläubiger
II. Schuldner
III. Gericht
3. Teil. Das eröffnete Insolvenzverfahren § 7. Allgemeine Wirkungen der Verfahrenseröffnung
A. Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis
I. Grundprinzip
II. Leistungen an den Schuldner
B. Stellung des Schuldners und seiner Organe
I. Allgemeines
I. Aligemeines
II. Konsequenzen aus dem Übergang der Verwaltungs- und Verfügungs-
befugnis III. Befugnisse von Insolvenzverwalter und Gesellschaftsorganen im Ein-
zelnen
C. Auswirkungen auf Rechtsstreite
I. Allgemeines
I. AllgemeinesII. Aktivprozesse
III. Passivprozesse
III. Passivprozesse IV. Prozesse ohne Vermögensbezug
V. Andere Verfahren, insbesondere Selbständiges Beweisverfahren
§ 8. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzgerichts
I. Einleitung
II. Allgemeines
Aufgahen der Insolvenzrichter, -rechtspfleger und -gerichte und die
Anforderungen
Verschärfung der Aufsicht
III. Vom Insolvenzantrag bis zur Verfahrenseröffnung oder Abweisung
Der Insolvenzantrag – Beginn der Tätigkeit des Insolvenzgerichts
2. Verfahrensgrundsätze
3. Überwachung, Leitung und Entscheidungen im Insolvenzeröff-
nungsverfahren
4. Überwachung von Sicherungsmaßnahmen und vorläufiger Insol-
venzverwalter
5. Abschluss des Insolvenzeröffnungsverfahrens
IV. Der Eröffnungsbeschluss und seine Folgen
1. Bedeutung des Eröffnungsbeschlusses
2. Funktionelle Zuständigkeit

Inhaltsverzeichnis	XXI
3. Auswahl und Ernennung des Insolvenzverwalters	343
4. Terminsbestimmung	349
V. Auftrag an den Insolvenzverwalter und Aufgabenstellung	349
1. Inbesitznahme des Schuldnervermögens	
2. Vorlage von Verzeichnissen, Vermögensübersicht und Bericht des	547
Verwalters	350
3. Mitteilungen	350
VI. Überwachungs- und Leitfunktion des Gerichts	351
1. Allgemeines	351
2. Aufsicht über den Verwalter	352
3. Zwangsmittel gegen den Insolvenzverwalter	355
4. Entlassung des Verwalters (§ 59 InsO), Ablehnung wegen Besorgnis	333
der Befangenheit und Streichung von der Vorauswahlliste	356
5. Sicherungsmaßnahmen	358
6. Überwachung der Sicherungsmaßnahmen durch den Insolvenzver-	336
walter	358
VII. Einsetzung eines Gläubigerausschusses	359
VIII. Der Insolvenzplan (§§ 217 ff. InsO)	360
IX. Leitfunktion des Insolvenzgerichts in den Terminen	362
1. Allgemeines	362
1. Allgemeines	363
3. Der Prüfungstermin und weitere Termine	364
X. Der Abschluss des Insolvenzverfahrens	365
Verteilung Schlussbericht und Schlussverzeichnis	365
2. Schlussrechnung, Schlussbericht und Schlussverzeichnis	365
3. Der Schlusstermin	366
XI. Die Wohlverhaltensphase im Verbraucherinsolvenzverfahren	367
XII. Die Aufhebung und Beendigung des Verfahrens (§§ 200, 299 f. InsO)	367
XIII. Grenzen der Überwachung und Leitung	368
§ 9. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters	369
A. Erfassen und Sichern des Vermögens	2/0
A. Errassen und Sichern des Vermögens	
I. Umfang der Vermögenserfassung und -sicherung	369
II. Inbesitznahme der Insolvenzmasse	371
III. Die Herausgabevollstreckung	
IV. Sicherung von Wertgegenständen	
V. Entscheidung über die Behandlung der Wertgegenstände	
VI. Siegelung	
VII. Verzeichnis der Massegegenstände und Bewertung	
1. Allgemeines	376
2. Inhalt des Verzeichnisses	
VIII. Gläubigerverzeichnis	
IX. Vermögensübersicht	377
B. Massebereinigung	377
I. Allgemeines	377
II. Aussonderung	378
1. Allgemeines	378
2. Nutzungsüberlassung	378
III. Absonderung	380
IV. Insolvenzanfechtung	381
C. Betriebsfortführung	383
or Detricovortium and	505

§ 10. Bildung, Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses
A. Bildung eines Gläubigerausschusses
I. Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses durch das Insolvenz- gericht
Fallkonstellationen eines vorläufigen Gläubigerausschusses
2. Unterschiede zwischen einem vorläufigen Gläubigerausschusse und
dem Gläubigerausschuss auf Beschluss der Gläubigerversammlung
3. Zulässigkeit eines vorläufigen Gläubigerausschusses nach der ersten
Gläubigerversammlung
4. Zulässigkeit eines vorläufigen Gläubigerausschusses im Eröffnungs-
verfahren
5. Gläubigerbeirat als Alternative zum Gläubigerausschuss
II. Entscheidung der Gläubigerversammlung über die Einsetzung eines
Gläubigerausschusses
III. Besetzung des Gläubigerausschusses
1. Sollzusammensetzung des Gläubigerausschusses
2. Entscheidung der Gläubigerversammlung über die Anzahl und die
Personen des Gläubigerausschusses
3. Entscheidung der Gläubigerversammlung über die vom Insolvenzge-
richt bestellten Mitglieder
4. Voraussetzungen für eine Tätigkeit als Gläubigerausschussmitglied
5. Bestellung von nicht am Verfahren beteiligten Personen
6. Übernahme des Amtes durch das Gläubigerausschussmitglied
7. Abwahl vorher gewählter Gläubigerausschussmitglieder
IV. Entlassung von Gläubigerausschussmitgliedern
V. Amtsniederlegung durch Mitglieder des Gläubigerausschusses
V. Amtsniederlegung durch Mitglieder des Gläubigerausschusses B. Rechtsstellung des Gläubigerausschusses
· ·
I. Aufgabenumschreibung des § 69 InsO
1. Unterstützung des Insolvenzverwalters
2. Uberwachung des Insolvenzverwalters
3. Pflicht, sich über den Gang der Geschäfte zu unterrichten
4. Pflicht zur Prüfung des Geldverkehrs und des Geldbestands
II. Besondere Aufgaben, Rechte und Pflichten des Gläubigerausschusses
1. Auskunftsrechte gegenüber dem Insolvenzschuldner
2. Bestimmungs-, Zustimmungs- und Genehmigungsrechte
3. Einberufung der Gläubigerversammlung/Entlassung des Insolvenz-
verwalters
D. Beschlussfassung im Gläubigerausschuss
E. Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses
E. Haftung der Mitglieder des Glaubigerausschusses
§ 11. Insolvenzforderungen
Einleitung
I. Begriff des Insolvenzgläubigers
1. Persönlicher Gläubiger
2. Zurzeit der Verfahrenseröffnung begründet
3. Vermögensanspruch
4. Gegen den Schuldner

Inhaltsverzeichnis	XXIII
II. Rechte der Insolvenzgläubiger	. 409
1. Insolvenzantragsrecht	. 410
2. Unterbrechung von Prozessen	. 410
3. Einzelzwangsvollstreckung	
4. Aufrechnung	
5. Aus- und Absonderungsrechte	
6. Auskunftsansprüche	
7. Teilnahme an Gerichtsterminen/Abstimmung	
8. Teilnahme am Berichtstermin incl. taktischem Verhalten	
9. Mitgliedschaft im Gläubigerausschuss, taktisches Verhalten	. 418
III. Anmeldung einer Forderung zur Insolvenztabelle	. 419
1. Anmeldbare Forderungen	
Adressat der Forderungsanmeldung	. 420
3. Frist für die Anmeldung	. 420
4. Inhalt und Form der Anmeldung	
5. Anlagen zur Anmeldung	. 423
6. Keine Angabe zur "Rangklasse"	
7. Aufforderung zur Anmeldung nachrangiger Forderungen	
IV. Behandlung eingehender Forderungsanmeldungen durch den Verwalter .	
1. Aktenmäßige Erfassung	. 424
2. Aufstellung der Tabelle	. 425
3. Exkurs: Behandlung unzulässiger Anmeldungen	. 426
V. Ablauf des Prüfungstermins	. 427
1. Veröffentlichung/Teilnahmeberechtigung	. 427
2. Prüfung durch Verwalter	. 428
3. Widerspruchsrecht der Gläubiger und des Schuldners	. 440
4. Eintragung des Prüfungsergebnisses in die Tabelle	. 441 . 441
5. Mitteilung an Gläubiger	. 441
Handlungen des Schuldners	. 441
VI. Nachträgliche Änderung der Tabelle	. 444
1 Schriftliches Anerkennen	. 444
Schriftliches Anerkennen Ergänzung durch Gläubiger	. 444
Reduzierung durch Gläubiger 3. Reduzierung durch Gläubiger	. 445
4. Rücknahme durch Gläubiger	. 446
VII. Feststellungsklage	
1. Betreibenslast	
2. Zuständigkeit	
3. Kosten	
4. Vollstreckung	. 448
5. Änderungen des Verteilungsverzeichnisses	
VIII. Verteilungsverzeichnis/Verteilung	
§ 12. Masseverbindlichkeiten	. 454
Einleitung	. 454
Einleitung	455
II. Massekosten	. 456
III. Masseschulden	
1. Betrachtung nach Zeitabschnitten	
2. Betrachtung nach Verursachung	. 460
3. Betrachtung nach Befriedigungsreihenfolge	. 463
4. Die Durchsetzung von Masseansprüchen	. 465
5. Aufhebung und Einstellung des Însolvenzverfahrens	

XXIV

IV. Organisation im Verwalterbüro ("Massetabelle")
Einrichtung einer Massetabelle
2. "Heimlich" entstehende Masseverbindlichkeiten
V. Falsche Behandlung von Masseverbindlichkeiten
Falsche Handhabung durch Massegläubiger
2. Falsche Handhabung durch Insolvenzverwalter
§ 13. Die massearme Insolvenz
A. Die grundsätzliche Problematik
I. Verbraucherinsolvenz und sonstige Kleinverfahren
II. Regelinsolvenzverfahren
B. Die Feststellung der Massearmut
I. Begriffsklärung/Definition
Fehlende Verfahrenskostendeckung
Masseunzulänglichkeit
Drohende Masseunzulänglichkeit
4. Temporäre Masseunzulänglichkeit
5. Prophylaktische Masseunzulänglichkeitsanzeige
II. Die Ermittlung der Massearmut
1. Im Eröffnungsverfahren
2. Nach Vertahrenseröttnung
C. Die Einstellung mangels Masse gemäß § 207 InsO
I. Nachträglicher Entfall der Massekostendeckung
II. Das Einstellungsverfahren (§ 207 InsO)
1. Anregung zur Einstellung
2. Überprüfung durch das Insolvenzgericht
3. Anhörung
4. Abwendung der Einstellung durch Vorschuss oder Kostenstundung
5. Verwalterhandeln zwischen Einstellungsantrag und Einstellung
6. Rechnungslegung/Verteilung
7. Einstellung
8. Beschwerdebefugnis
III. Folgen der Einstellung mangels Masse
1. Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis
Prozessuale Auswirkungen Steuerliche Verpflichtungen
4. Rückgängigmachung von Zahlungen
5. Die Gläubigerrechte
6. Nachtragsverteilung
7. Liquidation
D. Masseunzulänglichkeit gemäß §§ 208 ff. InsO
I. Feststellung der Masseunzulänglichkeit
Feststellungs- und Prüfungsverpflichtung
Arten der Masseunzulänglichkeit
II. Anzeige der Masseunzulänglichkeit, § 208 InsO
1. Anzeige
Allgemeine verfahrensrechtliche Folgen der Anzeige
3. Verfahrenseinstellung
III. Verwaltung und Verwertung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit
1. Änderung der Aufgabenstellung – die "Insolvenz in der Insolvenz"
2 Finzelprobleme

Inhaltsverzeichnis	XXV
3. Insolvenzplanverfahren bei Masseunzulänglichkeit	493
4. Eigenverwaltung bei Masseunzulänglichkeit	493
E. Abwicklungsprobleme und Besonderheiten	494
I. Verfahrenssteuerung	494
1. Maßnahmen zur Verfahrenssteuerung trotz Massearmut	494
2. Verpflichtung zur Reduzierung und Vermeidung von Neumasseverbindlichkeiten	494
II. Temporäre Masseunzulänglichkeit und Rückkehr ins Regelverfahren	501
III. Erneute Anzeige der Masseunzulänglichkeit	501
F. Auswirkungen auf die Abwicklungsmodalitäten	502
I. Gläubigerversammlung und Forderungsprüfung	502
II. Steuerliche Pflichten	503
III. Rechnungslegung	504
IV. Schlusstermin	504 504
I. Haftungsgefahren	504
1. Haftungssachverhalte	504
2. Haftungsnormen	505
H. Sonderprobleme nach der Einstellung des Insolvenzverfahrens	506
I. Nachhaftung des Insolvenzschuldners für unbefriedigte Masseverbind- lichkeiten	506
II. Restschuldbefreiung	506
III. Bedienung der Massegläubiger in der Wohlverhaltensperiode	506
I. Schlussbetrachtungen	507
4. Teil. Die Bereinigung der Insolvenzmasse	
4. Ich. Die Bereinigung der Hisoronizmasse	
§ 14. Aussonderung	509
I. Wirtschaftlicher Hintergrund	509
II. Geltendmachung der Aussonderung	510
III. Die wichtigsten Aussonderungsrechte	512
1. Eigentum	513
2. Einfacher Eigentumsvorbehalt	513
3. Treuhand	514 516
IV. Aussonderungsansprüche vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	517
V. Ersatzaussonderung	518
IV. Praxisrelevante Einzelfragen zur Aussonderung	519
1. Art und Weise der Geltendmachung	519
2. Handhabung beim Insolvenzverwalter	522
3. Auswirkung auf Insolvenzforderung	524
§ 15. Absonderung	524
I. Abgrenzung Aussonderung – Absonderung	524
II. Die wichtigsten Absonderungsrechte	526
1. Hypotheken, Grundschulden	526
2. Sicherungsübertragungen	527
3. Erweiterte und verlängerte Eigentumsvorbehaltsrechte	530

XXVI

	4. Pfandrechte
	5. Kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht
	6. Allgemeines Zurückbehaltungsrecht
	7. Kollision von Absonderungsrechten
	8. Ersatzabsonderung
III.	Geltendmachung der Absonderung
111.	Inbesitznahme des Sicherungsguts durch Gläubiger
	Geltendmachung gegenüber dem Insolvenzverwalter
137	3. Sicherheitenverwertungsgemeinschaft (Pool)
	Erfassung und Prüfung von Absonderungsrechten durch den Insolvenz- verwalter
	Verwertung von unbeweglichen Gegenständen
••	1. Zwangsversteigerung
	Freihändige Verwertung durch Insolvenzverwalter
	3. Zwangsverwaltung
VI .	Verwertung von beweglichen Gegenständen und Rechten
V 1.	1. Vaniihanlaranaan
	1. Vorüberlegungen
	2. Voraussetzungen einer Verwertung durch den Insolvenzverwalter
	3. Beteiligung des Absonderungsgläubigers
	4. Entscheidung über die Verwertung
	5. Abrechnung mit dem Absonderungsgläubiger
	Schutz des Absonderungsgläubigers vor einer Verzögerung der Verwer-
i	tung
VIII.	Schutz des Absonderungsgläubigers vor einem Wertverzehr des Absonderungsguts
	derungsguts
§ 16. Anf	echtung
I. :	Zweck der Insolvenzanfechtung, Rechtsnatur des Anfechtungsrechts
	und Gesetzessystematik
	1. Zweck der Insolvenzanfechtung
	2. Rechtsnatur des Anfechtungsrechts
	3. Gesetzessystematik
	4. Anfechtungsbefugnis und -gegner
	5. Zeitpunkt der Vornahme einer Rechtshandlung (§ 140)
II	
11.	Allgemeine Voraussetzungen der Insolvenzanfechtung gemäß § 129
	1. Rechtshandlung
	2. Objektive Gläubigerbenachteiligung
	3. Kausalität
	4. Bargeschäft
	5. Anfechtung bei Masseunzulänglichkeit
	6. Nahestehende Person § 138
III.	Die besondere Insolvenzanfechtung (§§ 130-132)
	1. Einleitung
	2. Die kongruente Deckung (§ 130)
	3. Die inkongruente Deckung (§ 131)
	4. Die Anfechtung unmittelbar nachteiliger Rechtshandlungen (§ 132)
IV.	Die Vorsatzanfechtung (§ 133)
	1. Tatbestandsvoraussetzungen
V	Anfechtung unentgeltlicher Leistungen (§ 134)
	1. Tatbestand
	2. Praxisrelevante Fallkonstellationen
	3. Ausnahme: Gebräuchliche Gelegenheitsgeschenke (§ 134 Abs. 2)
	4. Beweislast und Fristberechnung

Inhaltsverzeichnis	XXVII
VI. Anfechtungstatbestände im Zusammenhang mit Gesellschafterdarlehe	
Reform des Kapitalersatzrechts durch das MoMiG/Neufassung de § 135	es
2. Anfechtung von Rückzahlungen und Besicherungen von Gesell	_
schafterdarlehen § 135 Abs. 1	635
3. Anfechtung bei gesellschafterbesicherten Drittdarlehen § 135 Abs. 2	
4. Nutzungsüberlassung durch Gesellschafter § 135 Abs. 3	
5. Übergangsregelung zum MoMiG, Art. 103 d EGInsO VII. Anfechtung bei der stillen Gesellschaft (§ 136)	640
1. Normzweck	
2. Tatbestand	
3. Beweislast	
VIII. Die Rechtsfolgen der Insolvenzanfechtung	
1. Überblick	642
2. Rückgewähranspruch gemäß § 143 Abs. 1	643
3. Rückgewähr unentgeltlicher Leistungen (§ 143 Abs. 2)	646
4. Rückgewähranspruch gemäß § 143 Abs. 3 bei der Anfechtun	
gesellschafterbesicherter Drittdarlehen gemäß § 135 Abs. 2	647
IX. Ansprüche des Anfechtungsgegners (§ 144)	648
1. Wiederaufleben getilgter Forderungen (§ 144 Abs. 1) 2. Vertragliche Gegenleistungen (§ 144 Abs. 2)	648 649
X. Fristenberechnung (§ 139) und Verjährung des Anfechtungsanspruch	047
(§ 146)(§ 146)	650
1. Fristen gemäß §§ 130 bis 136 und deren Berechnung (§ 139)	650
2. Verjährung des Anfechtungsanspruchs (§ 146)	
3. Einrede der Anfechtbarkeit gemäß § 146 Abs. 2	651
XI. Rechtshandlungen nach Verfahrenseröffnung (§ 147)(§ 147)	651
17. Aufrechnung	652
I. Aufrechnungsbefugnis der Insolvenzgläubiger im eröffneten Insolvenz	;-
verfahren (§§ 94–96 InsO)	652
Regelungszweck und Funktionszusammenhang Die geschützten Aufrechnungslagen	652 654
Die geschutzten Aufrechnungstagen	668
II. Aufrechnungsbefugnis des Verwalters	
5. Teil. Betriebsfortführung in der Insolvenz	
18. Der Geschäftsbetrieb in der Insolvenz	
A. Rückblick auf die Konkursordnung	671
3. Paradigmenwechsel – Die Fortführungspflicht im Insolvenzverfahren	
I. Vorstellungen des Gesetzgebers	
1. Stilllegung	672
2. Vorläufige Fortführung des Betriebes	673
3. Die übertragende Sanierung	674
Erstellung eines InsolvenzplanesII. Die Fortführungspflicht im Insolvenzantragsverfahren	
Die Portrumungspriicht im Insolvenzahrtragsverfahren Der "starke" vorläufige Insolvenzverwalter	674
Der "halbstarke" vorläufige Insolvenzverwalter	675

XXVIII

Inhaltsverzeichnis

3. Der "schwache" vorläufige Insolvenzverwalter	67
4. Der bereits eingestellte Betrieb	670
III. Die Fortführungspflicht im eröffneten Verfahren	670
IV. Ausnahme von der Fortführungspflicht	67
Sofortige Betriebsstilllegung	67
2. Sofortige Unternehmensveräußerung	67
2. Soloringe Onternemicins verausering	071
3 19. Die wirtschaftlich-organisatorischen Maßnahmen zur Betriebsfortfüh-	
rung	680
S	
A. Hinweise und Warnungen zur praktischen Durchführung	680
B. Sofortmaßnahmen zur Verhinderung des betrieblichen Kollaps	68
I. Inventur und rechtliche Zuordnung	682
II. Verhalten gegenüber den Lieferanten	68.
III. Auftragsanalyse und Verhalten gegenüber den Auftraggebern	684
1. Ausgangslage	684
AusgangslageAußenverhältnis" gegenüber dem Vertragspartner	684
3. Analyse der vorhandenen Aufträge	68
4. Neue Aufträge	682
IV. Arbeitnehmer	682
Ausgangssituation Insolvenzgeld/Vorfinanzierung	683
2. Insolvenzgeld/Vorfinanzierung	688
3. Lohn- und Gehaltsansprüche ab Eröffnung	688
4. Urlaubsansprüche/Zeitkontenguthaben	688
V. Liquiditätsbeschaffung im Insolvenzverfahren	689
Tatsächliche Situation Die Rechtslage	689
2. Die Rechtslage	689
VI. Vorbereitung einer endgültigen Lösung	693
Der Zeitdruck der Sofortmaßnahmen Die besonderen Cofebensen.	69. 69.
Die besonderen Gefahren Wettbewerber	69
5. Wettbewerber	0 /-
C. Fazit	694
111010	
(Till Western describeration in the Leaders	
6. Teil. Vertragsbeziehungen in der Insolvenz	
§ 20. Einführung	699
I. Die Wirkung der Insolvenzeröffnung auf Verträge allgemein	699
II. Wahlrecht oder Kündigung	70
III. Von §§ 103-119 InsO nicht geregelte Verträge	70
§ 21. Gegenseitige nicht vollständig erfüllte Verträge, §§ 103–107 InsO	702
I. Die Grundnorm § 103 InsO	702
1. Problem: die Einrede des nichterfüllten Vertrages	702
2. Voraussetzungen des § 103 InsO	70
3. Die Rechtswirkungen des Wahlrechts	70
4. Ausübung des Wahlrechts	712
5. Konsequenzen aus der Verwalterentscheidung	71
II. Fixgeschäfte und Finanztermingeschäfte, § 104 InsO	71:
1. Die unter § 104 InsO fallenden Verträge	71:
2. Weitere Voraussetzungen	710
3. Rechtsfolge: Einschränkung des Wahlrechts	710

Inhaltsverzeichnis	XXIX
III. Teilbare Leistungen, § 105 InsO	716
1. Die Wirkungsweise des § 105 InsO	
2. Die unter § 105 InsO fallenden Verträge	
3. Erfüllungsablehnung durch Verwalter	
4. Verwalter wählt Erfüllung	
IV. Durch Vormerkung gesicherter Erfüllungsanspruch, § 106 InsO	
1. Allgemeine Voraussetzungen	
2. Begriff der Vormerkung	
3. Rechtsfolge: Einschränkung des Wahlrechts	720
4. Hinweise für die Abwicklungspraxis	
V. Kauf und Verkauf unter Eigentumsvorbehalt, § 107 InsO	
1. Allgemeine Voraussetzungen	722
2. Schuldner als Verkäufer, § 107 Abs. 1 InsO	
3. Schuldner als Käufer, § 107 Abs. 2 InsO	724
5. Schuldher als Kauler, § 107 Abs. 2 HisO	/2-
§ 22. Dauerschuldverhältnisse	727
I. Regelungsinhalt und systematische Stellung des § 108 InsO	727
2. Anwendungsbereich des § 108 InsO	728
3. Ansprüche des Vertragspartners aus der Zeit vor der Insolvenzeröft	
nung, § 108 Abs. 3 InsO	729
4. Absicherung durch § 119 InsO	730
II. Schuldner als Mieter oder Pächter von unbeweglichen Gegenstände	n , , ,
oder Räumen, §§ 109, 112 InsO	
1. Dem Schuldner bei Eröffnung schon überlassene Miet- un	d
Pachtobjekte, § 109 InsO	730
2. Dem Schuldner bei Eröffnung noch nicht überlassene Miet- un	
Pachtobjekte, § 109 Abs. 2 InsO	740
III. Der Schuldner als Vermieter oder Verpächter, §§ 110, 111 InsO	
1. Fortbestand des Miet- oder Pachtverhältnisses trotz Insolvenzeröft	
nung	
2. Zwangsverwaltung	748
3. "Kalte" Zwangsverwaltung	749
4. Freigabe	749
5. Kündigung des Miet- oder Pachtverhältnisses	
6. Veräußerung von vermieteten oder verpachteten Immobilien, § 11	
InsO	
III. Dienstverhältnisse des Schuldners, §§ 113, 114 InsO	
1. Der Schuldner als Dienstberechtigter = Arbeitgeber	
2. Der Schuldner als Dienstverpflichteter = Arbeitnehmer	
2. Dei schuldher als Dienstverphienetter – Arbeitheinner	/ 32
§ 23. Aufträge, Geschäftsbesorgungsverträge und Vollmachten	754
I. Vorbemerkung	
II. Die Regelungen in §§ 115–117 InsO	
1. Von §§ 115, 116 InsO erfasste Verträge	
2. Von § 117 InsO erfasste Vollmachten	
3. Automatisches Erlöschen durch Insolvenzeröffnung	
4. Notgeschäftsführung (Eilgeschäfte), § 115 Abs. 2 InsO	
5. Handeln in Unkenntnis der Insolvenzeröffnung (keine Eilgeschäfte)	
6. Sonstiges Erlöschen von Vollmachten	
7. Exkurs: Pflicht zur Herausgabe von Unterlagen an den Verwalter	
8. Absicherung der §§ 115–117 InsO durch § 119 InsO	
III. Weitere Geschäftsführung in aufgelösten Gesellschaften, § 118 InsO	758

§ 24. Lösungsklauseln, § 119 InsO	
I. Unwirksame Klauseln	
II. Sonderfall: § 8 Nr. 2 Abs. 1 VOB/B 2000	
III. Unbedenkliche Klauseln	
7. Teil. Die Stellung der Kreditinstitute im Insolvenzverfahren	
-	
§ 25. Bankenverhalten/Bankengeschäfte im Vorfeld einer Kundeninsolvenz	
A. Einleitung	
B. Bankverbindung vor Insolvenzantrag	
B. Bankverbindung vor Insolvenzantrag I. Bestandsaufnahme	
II. Rechtliche Risiken bei außergerichtlicher Sanierung	••
1. Stillhalten	
Einräumung neuer Kredite	
3. Knebelung des Schuldners, insbesondere faktische Übernahme der	
Geschäftsführung	
4. Sonstiges	
III. Einflussnahme auf den Zahlungsverkehr	
IV. Insolvenzantragstellung durch die Bank	
1. Wirtschaftliche Überlegungen	
2. Rechtliche Voraussetzungen	
Sonstige Einflussfaktoren V. Veräußerung notleidender Kredite	
V. Veräußerung notleidender Kredite	
§ 26. Bankenverhalten/Bankengeschäfte in der Kundeninsolvenz	
A. Bankverbindung im Eröffnungsverfahren	
T All .	
I. Allgemeines	
II. Sofortmaßnahmen der Bank nach Antragstellung	
2. Kontosperre	
Auskunft an den vorläufigen Insolvenzverwalter III. Geschäftsbeziehung im Eröffnungsverfahren	
1. Allgemeines	
Neugeschäft, insbesondere Kreditierung	
IV. Widerspruch des Insolvenzverwalters im Lastschrifteinzugsverfahren	
Konsequenzen der Rechtsprechungsänderung vom 4. 11. 2004	
2. Konsequenzen der inzwischen uneinheitlichen Rechtsprechung	
Kein Widerspruch gegen genehmigte Belastungsbuchungen möglich .	
4. Verwirkung des Widerspruchsrechts	
5. Keine "Widerspruchsvereinbarungen" zulasten der Lastschrifteinrei-	_
cher	
6. Ausblick	
B. Bankverbindung im eröffneten Verfahren	
I. Regelabwicklung	
1. Allgemeines	••

Inhaltsverzeichnis	XXXI
II Dlamandahara	011
II. Planverfahren	811
1. Mögliche Auswirkungen von Insolvenzplänen auf die Position der	012
Bank	812 814
	818
III. Verbraucherinsolvenzverfahren/Restschuldbefreiungsverfahren	
1. Außergerichtliche Schuldenbereinigung	819
Gerichtliche Schuldenbereinigung Vereinfachtes Insolvenzverfahren	820
	823
4. Restschuldbefreiung	824
8. Teil. Arbeits- und Sozialrecht in der Insolvenz	
§ 27. Individualarbeitsrecht	825
A. Einleitung	825
B. Das Arbeitsverhältnis in der Insolvenz	825
I. Allgemeines	825
II. Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf das Arbeitsverhältnis	827
III. Arbeitsrechtliche Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	829
1. Vorläufige Insolvenzverwaltung bei Anordnung eines allgemeinen	
Verfügungsverbots	829
2. Vorläufige Insolvenzverwaltung ohne Anordnung eines allgemeinen	
Verfügungsverbots	830
IV. Rangordnung der Arbeitnehmeransprüche im System der InsO	831
1. Allgemeines	831
2. Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis im Einzelnen	833
C. Beendigung des Arbeitsverhältnisses in der Insolvenz	843
I. Allgemeines	843
II. Einvernehmliche Aufhebung des Arbeitsverhältnisses	844
III. Beendigungskündigung	845
1. Kündigungserklärung und Zugang	845
2. Kündigungsfrist	846
3. Betriebsratsanhörung	848
4. Kündigungsrechtliche Stellung der Organvertreter der Schuldnerin	851
IV. Allgemeiner Kündigungsschutz in der Insolvenz	852
1. Allgemeines/Kündigungsgrund	852
2. Betriebsbedingte Kündigung	853
3. Prozessuale Grundsätze zu Betriebsstilllegung und Betriebsüber-	050
gang	859
4. Personenbedingte Kündigung	862
5. Verhaltensbedingte Kündigung	863
6. Außerordentliche Kündigung	864
7. Änderungskündigung	865
V. Besonderer Kündigungsschutz in der Insolvenz	867
	867
2. Schwerbehindertenschutz	869
3. Schutz der Betriebsverfassungsorgane	872
4. Kündigungsschutz der Wehr- und Zivildienstleistenden	877
VI. Befristetes Arbeitsverhältnis	877
1. Befristung ohne Sachgrund	877

XXXII

	78 78
	79
0.1	79
	79
O O	80
8	80
O O	80
	81
0	82
	82
	83
	83
	84
	85
IV. Rechtstolgen der Anzeige 8	85
	85
2. Un-/Wirksamkeit der Anzeige und Verhältnis zum Individualkündi-	
gungsschutz8	86
§ 28. Kollektives Arbeitsrecht8	87
A. Betriebsverfassungsrechtliche Aspekte der Insolvenz	
A. Betriebsverfassungsrechtliche Aspekte der Insolvenz	87
	87
	87
	92
3. Betriebsvereinbarungen in der Insolvenz 8	93
II. Interessenausgleich in der Insolvenz	97
	97
	97
	10
4. Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Arbeitsgerichtes; Verhältnis	
	27
III. Betriebsänderung ohne Interessenausgleich	29
Maßnahmen ohne Interessenausgleich trotz Verpflichtung 9	29
Inhalt der Nachteilsausgleichsansprüche	30
3. Abweichung von einem Interessenausgleich	30
	31
5. Unterlassungsanspruch des Betriebsrates	33
	34
1. Grundlagen, Begriff und Inhalt des Sozialplanes9	34
2. Erzwingbarkeit eines Sozialplanes gemäß § 112 a BetrVG	38
	39
	40
	44
V. Besondere Beschlussverfahren zur Vereinheitlichung und Beschleuni-	
	48
1. Besonderes Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz gemäß § 126	
	48
	49
	49
	50

XXXIII

5. Anhörung des Betriebsrates nach Durchführung des Verfahrens gemäß § 126 InsO	951
6. Betriebsveräußerung in der Insolvenz	951 952
B. Übertragende Sanierung; § 613 a BGB; Möglichkeiten des SGB III	953
I. Der Betriebsübergang in der Insolvenz gemäß § 613 a BGB	953
1. Normzweck und Anwendbarkeit des § 613 a BGB in der Insolvenz	953
2. Geltungsbereich der Norm	953
3. Tatbestand der Norm des § 613 a BGB	954
4. Haftungsrechtliche Besonderheiten in der Insolvenz	959
5. Rechtsfolgen	960
6. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers	961
II. Transfergesellschaften	963
1. Grundlagen des Modells	963
2. Voraussetzungen zur Gewährung von Transferkurzarbeitergeld	965
3. Wirtschaftliche Betrachtung des Modells Transfergesellschaft	965
4. Abwägungsgedanken zu dem gesetzlichen Modell des § 216 b SGB III	967
5. Die Transfergesellschaft und § 613 a BGB	968
III. Transfermaßnahmen i.S. von § 216a SGB III	969
1. Grundlegendes	969
2. Wesentliche Anspruchsvoraussetzungen § 216a SGB III	970
3. Höhe der ZuschüsseVI. Maßnahmen gemäß § 10 SGB III	970
VI. Maßnahmen gemäß § 10 SGB III	971
C. Anhang	971
I. Anlage 1	971
II. Anlage 2	975
III. Anlage 3	981
	/01
	701
§ 29. Insolvenzgeld	985
§ 29. Insolvenzgeld	985
I. Vorbemerkung	985 985
I. VorbemerkungII. Allgemeine Einführung	985 985 986
I. Vorbemerkung II. Allgemeine Einführung III. Entwicklung des Insolvenzgeldes (Konkursausfallgeldes)	985 985 986 986
I. Vorbemerkung II. Allgemeine Einführung III. Entwicklung des Insolvenzgeldes (Konkursausfallgeldes) IV. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte	985 985 986 986 987
I. Vorbemerkung II. Allgemeine Einführung III. Entwicklung des Insolvenzgeldes (Konkursausfallgeldes) IV. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte V. Anspruchsvoraussetzungen	985 985 986 986
I. Vorbemerkung II. Allgemeine Einführung III. Entwicklung des Insolvenzgeldes (Konkursausfallgeldes) IV. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte V. Anspruchsvoraussetzungen 1. Begriff des Arbeitnehmers und Arbeitgebers	985 985 986 986 987 989
I. Vorbemerkung II. Allgemeine Einführung III. Entwicklung des Insolvenzgeldes (Konkursausfallgeldes) IV. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte V. Anspruchsvoraussetzungen	985 985 986 986 987 989 990
I. Vorbemerkung II. Allgemeine Einführung III. Entwicklung des Insolvenzgeldes (Konkursausfallgeldes) IV. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte V. Anspruchsvoraussetzungen 1. Begriff des Arbeitnehmers und Arbeitgebers 2. Insolvenzereignis	985 985 986 986 987 989 990
I. Vorbemerkung II. Allgemeine Einführung III. Entwicklung des Insolvenzgeldes (Konkursausfallgeldes) IV. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte V. Anspruchsvoraussetzungen 1. Begriff des Arbeitnehmers und Arbeitgebers 2. Insolvenzereignis 3. Insolvenzgeld-Zeitraum 4. Arbeitsentgelt-Ansprüche im Sinne des Insolvenzgeldes	985 985 986 986 987 989 990 992
I. Vorbemerkung II. Allgemeine Einführung III. Entwicklung des Insolvenzgeldes (Konkursausfallgeldes) IV. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte V. Anspruchsvoraussetzungen 1. Begriff des Arbeitnehmers und Arbeitgebers 2. Insolvenzereignis 3. Insolvenzgeld-Zeitraum 4. Arbeitsentgelt-Ansprüche im Sinne des Insolvenzgeldes 5. Insolvenzgeld-Ansprüch bei Arbeitnehmerüberlassung 6. Insolvenzgeld-Ansprüch des Erben	985 986 986 987 989 990 992 996 999
I. Vorbemerkung II. Allgemeine Einführung III. Entwicklung des Insolvenzgeldes (Konkursausfallgeldes) IV. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte V. Anspruchsvoraussetzungen 1. Begriff des Arbeitnehmers und Arbeitgebers 2. Insolvenzereignis 3. Insolvenzgeld-Zeitraum 4. Arbeitsentgelt-Ansprüche im Sinne des Insolvenzgeldes 5. Insolvenzgeld-Anspruch bei Arbeitnehmerüberlassung	985 986 986 987 989 990 992 996 999
I. Vorbemerkung II. Allgemeine Einführung III. Entwicklung des Insolvenzgeldes (Konkursausfallgeldes) IV. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte V. Anspruchsvoraussetzungen 1. Begriff des Arbeitnehmers und Arbeitgebers 2. Insolvenzereignis 3. Insolvenzgeld-Zeitraum 4. Arbeitsentgelt-Ansprüche im Sinne des Insolvenzgeldes 5. Insolvenzgeld-Anspruch bei Arbeitnehmerüberlassung 6. Insolvenzgeld-Anspruch des Erben 7. Zuordnung der Arbeitsentgeltansprüche zum Insolvenzgeld-Zeitraum	985 986 986 987 989 990 992 996 999
I. Vorbemerkung II. Allgemeine Einführung III. Entwicklung des Insolvenzgeldes (Konkursausfallgeldes) IV. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte V. Anspruchsvoraussetzungen 1. Begriff des Arbeitnehmers und Arbeitgebers 2. Insolvenzereignis 3. Insolvenzgeld-Zeitraum 4. Arbeitsentgelt-Ansprüche im Sinne des Insolvenzgeldes 5. Insolvenzgeld-Anspruch bei Arbeitnehmerüberlassung	985 985 986 986 987 989 992 996 999 1002 1003 1003
I. Vorbemerkung	985 985 986 986 987 989 990 992 1002 1002 1003 1007 1009
I. Vorbemerkung	985 986 986 987 989 992 996 999 1002 1003 1007 1009
I. Vorbemerkung	985 986 986 987 989 992 996 999 1002 1003 1007 1009 1009
I. Vorbemerkung	985 985 986 987 989 992 996 999 1002 1003 1007 1009 1010 1011
I. Vorbemerkung	985 986 986 987 989 992 996 999 1002 1003 1007 1009 1010 1011 1011
I. Vorbemerkung	985 986 986 987 989 990 992 1002 1003 1007 1009 1010 1011 1011
I. Vorbemerkung	985 986 986 987 989 992 996 999 1002 1003 1007 1009 1010 1011 1011

XXXIV

3. Ermittlung der Sozialversicherungsbeiträge	1014
4. Abschlagszahlungen des Arbeitgebers	1015
5. Leistungen, die der Arbeitnehmer nicht mehr beanspruchen kann	1016
VIII. Vorschussregelungen	1018
1. Vorschuss vor Eintritt des Insolvenzereignisses	1018
2. Vorschuss nach Eintritt des Insolvenzereignisses	1020
3. Vorläufige Entscheidung	1020
IX. Insolvenzgeldanspruch Dritter	1021
1. Abtretung des Arbeitsentgeltanspruchs	1022
2. Erwerb eines Pfandrechts am Arbeitsentgeltanspruch	1022
3. Erwerb des Insolvenzgeldanspruchs	1023
4. Kollektive Vorfinanzierung (Anspruchsausschluss)	1023
X. Zahlung von Pflichtbeiträgen bei Insolvenzereignis	1028
Beitragsanspruch, Beitragsnachweis	1029
Ende der Versicherungspflicht	1027
3. Nebenforderungen	1030
4. Beitragsanspruch bei Arbeitnehmerüberlassung	1030
5. Beitragszahlungszeitraum	1031
6. Beiträge, die auf Einmalzahlungen entfallen	1031
7. Konkurrierende Beitragspflichten	1032
8. Meldeverfahren	1033
9. Beantragung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags	1034
XI. Verfahren bei der Inanspruchnahme des Insolvenzgeldes durch Arbeit-	
nehmer oder Dritte	1035
1. Antragsverfahren	1036
2. Ausschlusstrist	1037
3. Zuständige Agentur für Arbeit	1040
4. Auskunfts- und Bescheinigungspflicht	1040
5. Untersuchungsgrundsatz	1042
6. Bescheide, Rechtsbehelfe, Auszahlungsverfahren	1043
XII. Anspruchsübergänge	1044
1. Anmeldung der übergegangenen Ansprüche im Insolvenzverfahren	1044
2. Geltendmachung der Masseverbindlichkeiten	1045
3. Geltendmachung übergegangener Ansprüche außerhalb des Insol-	
venzverfahrens	1049
4. Ansprüche gegen Dritte (Haftung der Gesellschafter, Schadenser-	
satzansprüche)	1049
5. Anwendung des § 613 a BGB	1051
6. Progressionsvorbehalt, steuerliche Behandlung der Arbeitsentgelt-	
ansprüche	1053
7. Aufbringung der Mittel (Umlage)	1054
XIII. Vergleich, Stundung und Forderungsverzicht	1056
1. Vergleich	1056
2. Stundung einer Forderung	1057
3. Erlass einer Forderung	1058
XIV. Gleichwohlgewährung von Arbeitslosengeld	1058
0	
§ 30. Betriebliche Altersversorgung in der Insolvenz	1058
I. Allgemeines	1058
0	1058
Stand der betrieblichen Alterssicherung Der Pensions-Sicherungs-Verein als Träger der gesetzlichen Insol-	1038
	10/0
venzsicherung (§ 14 BetrAVG)	1060

Inhaltsverzeichnis	XXXV
II. Der Anspruch auf Insolvenzsicherung (§ 7 BetrAVG)	. 1061
Begriff der betrieblichen Altersversorgung	
2. Insolvenzgesicherte Durchführungswege	
3. Der Sicherungsfall	. 1069
4. Nicht-Erfüllung der Versorgungsansprüche	. 1072
5. Insolvenzgesicherte Versorgungsrechte	
6. Höhe der der gegen den PSVaG gerichteten Ansprüche	
7. Versicherungsmissbrauch (§ 7 Abs. 5 BetrAVG)	
8. PSVaG und Insolvenzplan (§§ 7 Abs. 4, 9 Abs. 4 BetrAVG)	
9. Übergang von Versorgungsverpflichtungen nach § 613 a BGB	
10. Kein gesetzlicher Insolvenzschutz für Unternehmerpensionszusagen (§ 17 BetrAVG)	
11. Private Insolvenzsicherung von Versorgungszusagen	
III. Übertragung der Leistungspflicht und Abfindung (§ 8 BetrAVG)	
1. Übertragung der Leistungspflicht (§ 8 Abs. 1 BetrAVG)	
2. Abfindung von Kleinstrenten und -anwartschaften durch den PSVaG	
(§ 8 Abs. 2 BetrAVG)	
IV. Mitteilungspflicht des PSVaG; Anspruchs- und Vermögensübergang (§ 9	
BetrAVG)	. 1087
1. Mitteilungspflicht des PSVaG (§ 9 Abs. 1 BetrAVG)	. 1087
 Gesetzlicher Forderungsübergang (§ 9 Abs. 2 BetrAVG) Vermögensübergang bei Unterstützungskassen und Pensionsfonds 	;
(§ 9 Abs. 3 und 3 a BetrAVG)	
V. Beitragspflicht und Beitragsbemessung (§§ 10, 30 i BetrAVG)	. 1090
1. Der PSVaG als beliehener Unternehmer (§ 10 Abs. 1 BetrAVG)	. 1090
2. Beitragsaufkommen und Beitragsbemessung (§ 10 Abs. 2 und 3	
BetrAVG)	. 1090 . 1091
4. Säumniszuschläge und Verzinsung (§ 10a Abs. 1 und 2 BetrAVG)	. 1091
5. Zwangsvollstreckung (§ 10 Abs. 4 BetrAVG)	
6. Verjährung (§ 10a Abs. 4 BetrAVG)	
VI. Mitwirkungspflichten; Ordnungswidrigkeiten; Verschwiegenheitspflicht (§§ 11, 12 und 15 BetrAVG)	
9. Teil. Gesellschaftsrecht in der Insolvenz	
§ 31. Gesellschaftsrechtliche Folgen der Insolvenz	. 1093
A. Einleitung	. 1093
B. Kapitalgesellschaften	. 1093
I. Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung	. 1093
1. Kapitalaufbringung	. 1093
2. Nachschüsse	
3. Kapitalerhaltung	
4. Gesellschafterleistungen	. 1103
II. Die Vertretungsorgane der Gesellschaft in der Insolvenz	
1. Stellung im Verfahren	
2. Pflichten der Vertretungsorgane	. 1118
C. Personengesellschaften	
I. Verhältnis zur Gesellschafterinsolvenz	. 1122
Alleinige Gesellschaftsinsolvenz	

XXXVI

Inhaltsverzeichnis

2. Insolvenz von Gesellschaft und Gesellschafter	1122
3. Gesellschafterinsolvenz	1123
II. Insolvenzmasse	1123
1. Einlagen	1123
2. Nachschussverpflichtung	1124
3. Gesellschafterhaftung	1124
32. Konzerninsolvenz	1127
A. Einleitung	1127
B. Der Vertragskonzern in der Insolvenz	1127
I. Vertragsgeltung in der Insolvenz	1127
II. Verlustausgleichsverpflichtung	1128
III. Abfindungsanspruch außenstehender Aktionäre	1129
C. Der "Faktische" Konzern in der Insolvenz	1130
33. Haftung der Gesellschaft und ihrer Organe	1130
	1130
A. Haftung der Leitungsorgane	1130
I. Die Innenhaftung der Leitungsorgane	1131
1. Pflicht zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung	1131
2. Haftung auf Grund verspäteter Insolvenzantragstellung	1133
3. Haftung wegen Herbeiführung der Zahlungsunfähigkeit	1135
II. Die Außenhaftung der Leitungsorgane	1136
1. Haftung wegen Insolvenzverschleppung	1136
2. Haftung für Sozialversicherungsbeiträge/Steuerschulden	1137
3. Sonstige Anspruchsgrundlagen	1138
b. Haitung anderer Organe	1138
I. InsolvenzverschleppungshaftungInsolvenzverschleppungshaftung der Gesellschafter	1138
II. Existenzivernichtungshaftung der Gesellschafter	1140
III. Innenhaftung der Gesellschafter	1142
1v. Ausennatung der Gesenschafter	1142
10. Teil. Rechnungslegung und Steuerrecht in der Insolvenz	
34. Buchführung, Rechnungslegung	1145
I. Normierte Pflichten zur Rechnungslegung in der InsO	1145
II. Gültigkeit der allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften	1146
III. Rechnungslegungspflichten	1149
35. Steuern in der Insolvenz	1151
I. Zusammenspiel von Steuerrecht und Insolvenzrecht	1151
II. Steuerliche Pflichten	1151
III. Zentrale Fragestellungen der Besteuerung	1155
IV. Umsatzsteuer	1162
V. Einkommensteuer	1176
VI. Lohnsteuer	1180
VII. Körperschaftsteuer	1185
VIII. Weitere steuerliche Aspekte	1187
IX. Steuerliche Folgen für weitere Beteiligte	1193

11. Teil. Öffentliches Recht in der Insolvenz

§ 36. Öffentliche Verantwortlichkeiten, Aufgaben und Befugnisse des Insol-	
venzverwalters	1201
I. Problemaufriss	1201
Sichtweise des Insolvenzverwalters	1201
2. Sichtweise der Behörde	1202
3. Annäherung	1202
II. Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeiten	1203
1. Verantwortlichkeiten im Allgemeinen	1203
2. Umweltrechtliche Verantwortlichkeiten im Besonderen	1205
3. Insolvenzrechtliche Bedeutung der Verantwortlichkeiten	1213
III. Freigabe	1229
1. Zulässigkeit der Freigabe	1230
2. Ordnungsrechtliche Folgen der Freigabe	1231 1235
IV. Öffentlich-rechtliche Befugnisse	1235
2. Sachkanzessionen	1233
Sachkonzessionen V. Öffentliche Abgaben	1237
VI. Rechtsschutzproblematik	1241
1. Verwaltungsgerichtliches Verfahren	1241
Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren	1243
3. Verwaltungsvollstreckung	1244
§ 37. Insolvenzstrafrecht	1246
A. Allgemeines	1246
I. Vorbemerkung	1246
II. Die gesetzlichen Grundlagen des Insolvenzstrafrechts	1246
1. Terminologie	1246
Terminologie Die wirtschaftliche Krise	1247
III. Täterkreis	1248
1. Gesetzlich Verantwortliche	1248
2. Faktisch Verantwortliche	1249
3. Strafbarkeit von Beratern, Insolvenzverwaltern u.a	1250
B. Insolvenzverschleppung	1250
I. Allgemeines	1250
II. Strafbarkeit vorwiegend am Beispiel der GmbH	1252
1. Täterkreis	1252
2. Objektiver Tatbestand	1254
3. Beginn und Ende der Antragspflicht	1255
4. Rechtswidrigkeit und Unzumutbarkeit der Antragstellung	1255
5. Subjektiver Tatbestand und Irrtum	1256
6. Konkurrenzen	1257
7. Rechtsfolgen und Verjährung	1258
C. Bankrott	1259
I. Allgemeines	1259
1. Überblick und Systematik	1259
2. Täterkreis	1260
3. Krisensituation und Strafbarkeitsbedingung nach Abs. 6	1262
4. Rechtsfolgen	1263

XXXVIII

Inhaltsverzeichnis

II. Einzelne Tatbestände des § 283 Abs. 1 StGB	126
1. Beiseiteschaffen und Verheimlichen von Vermögensbestandteilen	
(Abs. 1 Nr. 1)	126
2. Buchführungsverstöße (Abs. 1 Nr. 5 und 6)	126
3. Bilanzverstöße (Abs. 1 Nr. 7)	126.
III. Verhältnis zu Untreue; Interessenformel des BGH	126
IV. Subjektiver Tatbestand und Versuch	126
1. Vorsatz	126
2. Fahrlässigkeit	126
3. Versuch	127
V. Besonders schwerer Fall	127
D. Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283 b StGB)	127
E. Gläubiger- und Schuldnerbegünstigung	127
I. Gläubigerbegünstigung	127
1. Objektiver Tatbestand	127
2. Subjektiver Tatbestand; Irrtum	127.
3. Objektive Strafbarkeitsbedingung	127.
4. Täterkreis	127
5. Versuch	127
6. Konkurrenzen; Sperrwirkung	127
II. Schuldnerbegünstigung	127
1. Tatbestand; Täterkreis	127
2. Sonstiges	127
F. Betrug	127
I. Allgemeines	127
II. Tatbestandsverwirklichung	127
1. Täuschungshandlung	1279
2. Irrtum	1280
3. Vermögensverfügung und Vermögensschaden	128
4. Subjektiver Tatbestand; Vollendung	128
III. Täterschaft	128
IV. Besonders schwere Fälle	128
G. Untreue	128
I. Allgemeines	1283
II. Typische Untreuehandlungen	128
III. Einverständnis und Weisungen der Gesellschafter	128
IV. Sonderfragen	128
1. Untreue bei Personenhandelsgesellschaften	128
2. Risiko- und Spekulationsgeschäfte	128
H. Sonstige Insolvenzstraftaten	128
I. Falsche Versicherung an Eides Statt	128
II. Unterschlagung	128
III. Kreditbetrug; Wechsel- und Scheckbetrug	128
1. Kreditbetrug	128
2. Wechsel- und Scheckbetrug	129
IV. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	129
v Neuerninterzieniing	1/9

Inhaltsverzeichnis	XXXIX
I. Auffang- und Sanierungsgesellschaften	1293
I. Vorbemerkung	
II. Freie Sanierung	
III. Sanierung im Rahmen eines Insolvenzverfahrens	
J. Der Insolvenzverwalter als Täter	1295
I. Verletzung von Pflichten	
1. Insolvenzrechtliche Pflichten	
2. Sonstige Pflichten	
II. Eigennützige Verwertung der Masse	
III. Straftaten bei Ausproduktion und übertragender Sanierung	
IV. Honorarmanipulationen	
K. Strafbarkeit von Beratern	
I. Buchführungsdelikte	1200
II. Gläubigerbegünstigung	1300
II. Glaubigerbegunstigung	1301
IV. Insolvenzverschleppung V. Sonstiges strafbares Verhalten	1302
L. Ermittlungen bei Insolvenzdelikten	
I. Die Vorgehensweise der Ermittlungsbehörde	
1. Einleitung von Ermittlungen; erste Schritte	1303
2. Durchsuchung und Beschlagnahme	
3. Bankermittlungen	
4. Weitere Ermittlungen	
II. Verhalten von Schuldnern, Gläubigern und sonstigen Beteiligten	
1. Mitwirkung des Schuldners	1305
Unterstützung der Ermittlungen durch Gläubiger Verhalten von Kreditinstituten	
4. Zusammenarbeit zwischen Ermittlungsbehörde und Gutachter od	er
Insolvenzverwalter	1307
III. Rechtsschutz gegenüber Ermittlungsmaßnahmen	1309
Durchsuchung und Beschlagnahme Untersuchungshaft	
C C C C C C C C C C C C C C C C C C C	
M. Vermeidung strafbaren Verhaltens	
I. Vorbemerkung II. Alphabetische Übersicht	
11. Appliabetiscie Obersient	1511
12. Teil. Internationales Insolvenzrecht	
§ 38. Grundprinzipien und Rechtsquellen	1315
A. Einleitung	1315
I. Regelungsgegenstand und Grundprinzipien	
II. Die Entwicklung internationaler Regelwerke	
1. Die Geschichte der Europäischen Insolvenzverordnung	
2. Europaratsabkommen über bestimmte internationale Aspekte d	
Insolvenz ("Istanbuler Abkommen")	
3. UNCITRAL – Modellgesetz	

B. Rechtsquellen	131
I. Europäisches Insolvenzrecht	131
Europäische Insolvenzverordnung	131
Europäische Richtlinien	132
II. Staatsverträge	132
III. Autonomes deutsches internationales Insolvenzrecht	132
111. Pattonomes acusenes memationales insolvenzieent	132
§ 39. Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug	132
A. Deutsche Insolvenzverfahren	132
I. Hauptinsolvenzverfahren	132
1. Žulässigkeit	132
2. Auswirkungen des Verfahrens im Ausland	133
3. Anerkennung der Wirkungen des Insolvenzverfahrens im Ausland	134
4. Handlungsmöglichkeiten des Verwalters bei fehlender Anerkennung	
im Ausland	134
5. Rechtsstellung ausländischer Gläubiger	1350
II. Partikularverfahren	135
1. Begriff und Zweck	1352
Begriff und Zweck Eröffnungsvoraussetzungen	135
Die Durchführung des Partikularverfahrens	135
V LIVE/ V	155
B. Ausländische Verfahren mit Inlandsbezug	1362
I. Hauptverfahren	1362
1. Überblick	1362
2. Voraussetzungen und Grenzen der Anerkennung	1362
3. Gegenstand der Anerkennung	136.
4. Kein Anerkennungsverfahren, Vollstreckung	136.
5. Wirkungen im Inland	136
II. Partikularverfahren	1370
13. Teil. Insolvenz natürlicher Personen	
§ 40. Verbraucherinsolvenz	137
I. Einleitung	137
II. Der persönliche Anwendungsbereich	137
1. Beteiligte	137
2. Überschaubare Verhältnisse	137
3. Forderungen aus Arbeitsverhältnissen	1372
4. Maßgeblicher Zeitpunkt	1372
III. Übersicht über das Verfahren	1372
1. Der Eigenantrag	1372
2. Gläubigerantrag	137
3. Insolvenzantragspflicht	137
IV. Der Ablauf der Verbraucherinsolvenz	137
Die außergerichtliche Schuldenbereinigung	137
Die gerichtliche Schuldenbereinigung	1370
3. Das vereinfachte Insolvenzverfahren	138
V. Verfahrenskosten	
	138
1. Höhe der Kosten	1385 1385

Inhaltsverzeichnis	XLI
41. Restschuldbefreiung	1388
I. Allgemeines	1388
1. Ziele der Insolvenzordnung	1388
2. Wege zur Restschuldbefreiung (Überblick)	1388
3. Welches Verfahren für welchen Personenkreis?	1388
4. Konkurrenz der verschiedenen Verfahren	1389
5. Übersicht über das Verfahren der Restschuldbefreiung:	1389
II. Das Verfahren der Restschuldbefreiung	1391
1. Personenkreis	1391
2. Antragserfordernis	1391
3. Abtretung des pfändbaren Einkommens	1392
4. Die Zuständigkeit innerhalb des Gerichts	1393
5. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts	1394
III. Wohlverhaltensperiode	1395
1. Beginn der Wohlverhaltensphase	1395
2. Der Treuhänder	1395
3. Der Schuldner	1397
4. Versagung der Restschuldbefreiung (§ 296 InsO)	1400
5. Gewährung der Restschuldbefreiung	1402
IV. Widerruf der Restschuldbefreiung	1404
1. Jahresfrist	1404
2. Erhebliche Obliegenheitsverletzung	1405
3. Gläubigerantrag	1405
4. Entscheidung des Gerichts	1405
5. Rechtsfolge	1405
MUNCHEN =	
42. Die Insolvenz des Freiberuflers	1406
I. Einleitung	1406
1. Begriff des Freiberuflers	1406
Häufige Insolvenzursachen	1406
3. Problemkonstellationen	1406
II. Abgrenzung Regel-/Verbraucherinsolvenzverfahren	1407
III. Insolvenzbeschlag	1407
IV. Berufsrechtliche Konsequenzen	1408
V. Fortführung der Praxis des Freiberuflers	1409
1. Einleitung	1409
2. Fortführung durch den Insolvenzverwalter	1409
3. Fortführung durch Eigenverwaltung des Schuldners	1409
4. Fortführung im Insolvenzplanverfahren	1410
5. Fortführung durch Freigabe an den Freiberufler	1411
6. Einstweilige Praxisfortführung	1411
VI. Veräußerbarkeit der Freiberuflerpraxis	1411
VII. Neuerwerb in der Insolvenz	1412
VIII. Gründe für eine Reform	1412
1. Zunehmende Belastung der Justizhaushalte	1412
2. Durchführung eines vollständigen Verfahrens auch bei masselosen	
Verfahren	1413
IX. Wesentliche Grundzüge des derzeit im parlamentarischen Verfahren be-	
findlichen Entwurfs	1413
1. Überblick über die wesentlichen Neuerungen	1413
2 Varlauf des neuen Entschuldungsverfahrens	1/113

XLII

X. Kritik
1. Kosten
2. Verfahren
3. Treuhänder
4. Forderungsprüfung nur bei Bedarf
XI. Derzeitiger Stand des Verfahrens
111. Derzeitiger statie des Vertainens
14. Teil. Sonderinsolvenzen
§ 43. Insolvenzplan
A. Einleitung
B. Praxisrelevanz des Insolvenzp ans
C. Di. : 1.1 (grand): 220 I. C.)
C. Planinhalt (§§ 219 bis 230 InsO)
I. Darstellender Teil (§ 220 InsO)
II. Gestaltender Teil (§§ 221 ff. InsO)
Rechtsstellung der Beteiligten Weitere Regelungen
2. weitere Regelungen
D. Einzelne Planziele
I. Der Sanierungsplan
1. Ziel des Sanierungsplanes
2. Arbeitsverträge
Sanierungsgewinn Eingriff in die Gesellschafterstellung 1
4. Eingriff in die Gesellschafterstellung
5. Aufbau des Sanierungsplanes 1
II. Übertragende Sanierung
III. Ausproduktion und Liquidation
IV. Sonstige Planinhalte
IV. Sonstige Planinhalte
I. Initiativrechte (§ 218 Abs. 1 InsO)
Vorlage durch den Schuldner
Vorlage durch den Verwalter
3. Mitwirkung (§ 218 Abs. 3 InsO)
II. Vorprüfung durch das Insolvenzgericht (§ 231 InsO)
1. Amtsprüfung (§ 231 InsO)
2. Stellungnahme (§ 232 InsO)
3. Niederlegung (§ 233 InsO)
III. Erörterungs- und Abstimmungstermin (§ 235 InsO)
1. Erörterungstermin
2. Abstimmungstermin
IV. Zustimmung des Schuldners (§ 247 InsO)
V. Planbestätigung (§§ 248 ff. InsO)
1. Planbestätigung durch das Insolvenzgericht
2. Minderheitenschutz
F. Wirkungen des Insolvenzplanes
I. Rechtsänderungen (§ 254 InsO)
1. Rechtsstellungen der Beteiligten
2. Willenserklärungen

Inhaltsverzeichnis	XLIII
3. Rechte an Gegenständen	. 1441
4. Verpflichtungserklärungen	
II. Weitere Wirkungen	
III. Vollstreckungstitel	
III. volistreckuligstitei	. 1442
G. Der weitere Verfahrensablauf	. 1442
I. Aufhebung des Insolvenzverfahrens (§ 258 InsO)	. 1442
II. Überwachung (§§ 260 ff. InsO)	
1. Anordnung der Überwachung	. 1443
2. Aufgaben des Insolvenzverwalters	
3. Aufhebung der Überwachung (§ 268 InsO)	
H. Insolvenzplan als Nebenprodukt des Sanierungskonzepts	. 1444
I. Darstellen der Sanierungsfähigkeit: Abwandlung des Instrumentariums der Due-Diligence und der Jahresabschlussanalyse	
II. Historie der Unternehmenskrise als Basis	. 1445
III. Analysen als Basis der Sanierungsmaßnahmen	. 1446
1. Ausgangsbasis	
2. Operative Betrachtung	
3. Der Cash-flow als betriebswirtschaftliche Kenngröße	. 1448
4. Break-Even Betrachtung	. 1451
5. Gesamtkostenstruktur-Ånalyse	
6. Umsatzbereich	. 1453
6. Umsatzbereich	. 1455
8. Analyse der Vermögensstruktur	. 1457
9. Beispiel für die Beleuchtung der operativen Ertragsfähigkeit eines	
Unternehmens auf Basis einer Analyse der Krisenursachen	
IV. Ableiten der Sanierungsmaßnahmen	
1. Gläubigerbefriedigung lediglich als ein Element des Maßnahmen-	
katalogs	. 1460
2. Maßnahmenableitung zur Sanierung auf Basis der Analyseergeb-	
nisse	. 1461
3. Bilden von konsistenten Annahmebündeln	. 1463
I. Instrumente der Planerstellung	. 1465
I. Grundkonzept der betrieblichen Planrechnung	. 1465
II. Elemente einer vollständigen betrieblichen Planrechnung	
1. Ergebnisplanung	
2. Finanzplanung unter besonderer Berücksichtigung der Anforderun-	
gen an einen Insolvenzplan	
III. Risikoanalyse	
IV. Planbilanz	
V. Iterative Vorgehensweise	. 1480
VI. Laufende Projektarbeit	
J. Einsatz von Planungstools bei der Erstellung von Insolvenzplänen	. 1482
I. Notwendigkeit der DV-Analyse	
II. Basiselemente	
III. Die Planungsbereiche	
IV. Die Planungsergebnisse	
V. Der Soll-Ist-Vergleich VI. Einige Gedanken zur Qualitätssicherung	. 1494 . 1495
v1. Ennige Gedanken zur Quantatssicherung	. 1473

XLIV

K. Anhang A: Checkliste Due Diligence	49
	49
	49
	49
	50
	502
§ 44. Eigenverwaltung	50
I. Allgemeines	50
~	50
	50
3. Stellungnahme	50
4. Bisherige Erfahrungen 19	50
II. Anordnung der Eigenverwaltung	50
1. Eigenverwaltung als Ausnahme	50
2. Voraussetzungen der Eigenverwaltung 1	50
3. Bestellung des Sachwalter 15	512
	51.
	51.
Aufhebung der Eigenverwaltung 19	51
IV. Aufteilung der Rechte und Pflichten im Rahmen der Eigenverwal-	
tung	51
1. Allgemeines 1	51.
2. Aufgaben des Sachwalters 15	51.
	51.
	520
	520
2. Anwendungsfälle der Eigenverwaltung 15	520
§ 45. Besondere Vermögensmassen1	
§ 45. Besondere Vermögensmassen	52
I. Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer fortgesetzten Güterge-	
	52
	52
	52
II. Insolvenzverfahren über das gemeinsam verwaltete Gesamtgut 19	52
1. Ausgangslage1	52
2. Das Verfahren selbst 1	52
3. Persönliche Haftung der Ehegatten (§ 334 InsO) 15	52.
§ 46. Nachlassinsolvenz	52
I. Allgemeines	524
Y I I I I I I I I I I I I I I I I I I I	52
	52
	52
	52
	52
3. Prozess- und Verfahrenskostenhilfe	52
III. Eröffnungsgründe	52
	52
2. Bewertungsfragen	52

Inhaltsverzeichnis	2
IV. Folgen der Eröffnung	
1. Folgen nach dem BGB (§§ 1976–1979 BGB)	
2. Folgen nach der InsO	
3. Die Nachlassgläubiger	
V. Verwertung und Verteilung	
15. Teil. Haftung der Beteiligten	
§ 47. Des vorläufigen Insolvenzverwalters	
A. Haftung des vorläufigen Verwalters	
I. Allgemeines	
II. Haftung des "starken" vorläufigen Insolvenzverwalters	
III. Haftung des "schwachen" vorläufigen Insolvenzverwalters B. Haftung des Sachwalters	
C. Haitung des Treunanders	
§ 48. Des Insolvenzverwalters	
A. Haftung wegen Verletzung insolvenzspezifischer Pflichten	
I. Haftung des Insolvenzverwalters nach § 60 Abs. 1 InsO	
1. Haftungsvoraussetzungen	
2. Haftungsrisiken in verschiedenen Tätigkeitsbereichen	
Haftung für das Verschulden Dritter Endastung des Verwalters durch Gläubigerbeschluss	
5. Geltendmachung des Schadens	
6. Verjährung	
B. Haftung aus der Verletzung nichtinsolvenzspezifischer Pflichten	
I. Verletzung (vor-)vertraglicher Verpflichtungen	
II. Haftung aus unerlaubter Handlung	
III. Arbeits- und Sozialrecht	
IV. Steuer- und Abgabenrecht	
V. Öffentlich-rechtliche Pflichten	
e to TI for the Art and the Ar	
§ 49. Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	
§ 50. Des Insolvenzgerichts	
A. Haftung des bestellenden Gerichts	
B. Haftung des beaufsichtigenden Gerichts	
16. Teil. Vergütung der Beteiligten	
§ 51. Die Vergütung des Insolvenzverwalters	
A. Rechtsgrundlagen	
B. Berechnungsgrundlage = Wert der Insolvenzmasse	
I. Vergütungsberechnung auf Basis der Schlussrechnung	
II. Schätzwert bei vorzeitiger Beendigung	

XLVI

III. Besonderheiten	
1. Behandlung von Absonderungsrechten	
2. Abfindung von Aus- und Absonderungsrechten	
3. Aufrechnungen	
4. Kosten und sonstige Masseverbindlichkeiten	
Betriebsfortführungskosten Berücksichtigung von Sondervergütungen des Verwalters	. 1
7. Vorschüsse und Zuschüsse Dritter	
C. Regelsatz, § 2 InsVV	. 1
D. Zuschläge und Abschläge, § 3 InsVV	. 1
I. Zuschlagsgründe	
II. Abschlagsgründe	. 1
III. Angemessenheit der Vergütung	
E. Mindestvergütung	. 1
F. Auchgen und Kosten: Umsatzstauer	. 1
F. Auslagen und Kosten; Umsatzsteuer	. 1
II. Ersatz besonderer Kosten	. 1
III. Haftpflichtversicherung des Verwalters	. 1
IV. Auslagenabrechnung	. 1
1. Abrechnung der tatsächlich entstandenen Auslagen	. 1
Auslagenpauschalierung V. Umsatzsteuer	. 1
V. Umsatzsteuer	. 1
G. Vorschuss auf Vergütung und Auslagen	. 1
H. Vergütungsantrag und Abrechnung	. 1
I. Festsetzung durch das Insolvenzgericht; Rechtsmittel	. 1
I. Zuständigkeit	
II. Anhörungen	. 1
III. Festsetzung	. 1
IV. Rechtsmittel	. 1
K. Sondervergütung für besondere Sachkunde	• :
§ 52. Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	
A. Entsprechende Anwendung der Vergütungsregelungen des Insolvenzverwal-	
ters für den vorläufigen Insolvenzverwalter	. 1
B. Sondervergütung neben dem Insolvenzverwalter	. 1
C. Berechnungsgrundlage des vorläufigen Insolvenzverwalters	
I. Basis des verwalteten und gesicherten Vermögens	. :
II. Wertermittlung	. :
III. Behandlung von Aus- und Absonderungsrechten	
IV. Behandlung von Besitzgegenständen	
D. Bruchteilsvergütung	
I. Regelbruchteil des vorläufigen Insolvenzverwalters	. 1
II. Zu- und Abschläge beim vorläufigen Insolvenzverwalter	
III. Mindestvergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	
E. Auslagen und Umsatzsteuer	. :
E Auguirlangen auf die Vergitung des Inselventwertelters	1

Inhaltsverzeichnis	XLVII
G. Nachträgliche Abänderungen	. 1602
H. Sachverständigenvergütung des vorläufigen Verwalters	1602
I. Kostenschuldner der Vergütung des vorläufigen Verwalters	. 1602
§ 53. Die Vergütung des Sonderinsolvenzverwalters	. 1603
§ 54. Die Vergütung der Gläubigerausschussmitglieder	
A. Rechtsgrundlage	. 1604
B. Stundensatzvergütung	. 1604
C. Festsetzung	. 1605
§ 55. Die Vergütung des Sachwalters	
A. Regelvergütung des Sachwalters	. 1605
B. Zu- und Abschläge	. 1606
§ 56. Die Vergütung des Sachverständigen	. 1606
A. Vergütung des isoliert beauftragten Sachverständigen	. 1606
B. Sachverständigenvergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	. 1607
C. Vergütungsfestsetzung	
§ 57. Die Vergütung des Treuhänders	. 1608
A. Die Vergütung im vereinfachten Insolvenzverfahren	
I. Rechtsgrundlagen	
II. Regelvergütung	. 1608
II. Zu- und Abschläge beim Treuhänder	. 1608
III. Mindestvergütung des Treuhänders	. 1608
B. Die Vergütung des Treuhänders nach § 293 InsO	. 1609
I. Rechtsgrundlagen	
II. Berechnungsgrundlage in der Wohlverhaltensperiode	
III. RegelvergütungIV. Mindestvergütung	
V. Zu- und Abschläge in der Wohlverhaltensperiode	
VI. Zusatzvergütung für eine Obliegenheitsüberwachung	
VII. Festsetzung, Auslagen und Vorschüsse	. 1610
17. Teil. Rechtsmittel im Insolvenzverfahren	
§ 58. Die Rechtsmittelzüge im Einzelnen	
A. Allgemeines zum Rechtsschutz	. 1611
B. Sofortige Beschwerde nach der Insolvenzordnung	. 1611
I. Abgrenzung von anderen Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln	. 1611
II. Beschwerdefähige Entscheidungen	. 1612
III. Rechtsmittel gegen Rechtspflegerentscheidungen	. 1619
IV. Rechtsbeschwerde zum BĜH	. 1621
Sachregister	. 1623